

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

DIE FINANZKRISE UND IHRE FOLGEN

Die ungeheure Finanz- und Wirtschaftskrise, die von den USA ihren Ausgang nahm, wirkt sich immer mehr auf die ganze Welt aus. Auch in Europa kommt es zum Verfall der Kurse riesiger Banken und Versicherungen bzw. zum Verfall der Kurse vieler der größten Konzerne bzw. Unternehmen.

Einerseits ist dieser Kursverfall für einen Teil des Kapitals erst Recht wieder die Gelegenheit billig zu Unternehmen zu kommen, mit dem Zweck der weiteren Spekulation und weiterer Milliardengewinne. Die Finanz- und Wirtschaftskrise werde "große, möglicherweise ganze Branchen umwälzende Fusionen und Übernahmen" in Gang setzen, 160 Firmenbosse börsennotierter Unternehmen wurden in Europa befragt. "Viele Unternehmen fassen mögliche Übernahmeziele ins Auge und prüfen Deals", so der Partner von Boston Consulting Group und Akquisitions-Experte Alexander Roos im „Kurier“ vom 12.12.08. Diese Erwartungshaltung stimmt mit den Erfahrungen aus historischen Krisen in den 1930er und 1970er Jahren überein.

Andererseits schlägt nun die Finanzkrise mehr und mehr auf die Arbeitsmarktsituation, auf die Kaufkraft, ja auf das gesamte Wirtschaftsleben der Staaten durch. Die Krise ist noch keineswegs vorbei. Im Gegenteil. Selbst der Weltwährungsfond (IWF) und andere Experten prophezeien eine noch schwerere Wirtschaftsrezession weltweit, die bis mindestens Ende 2009, eher bis inklusive 2010 andauern wird.

Für Österreich sieht Wienerberger-Chef Wolfgang Reithofer, für 2009 noch einen "Tsunami" auf die Wirtschaft zukommen: "Im Moment haben wir eine Störung und die letzten Monate waren eher schwierig, doch ich erwarte, dass es nächstes Jahr noch schlechter wird und ich

bin bekannt als Optimist." (Kurier, 12.12.08)

STAATLICHE RETTUNG DER PROFITE

Während es in den USA wie auch bei uns viele Jahre hieß, der Staat hat sich in der freien Marktwirtschaft nicht einzumischen, das freie Spiel des Marktes regelt alles und so Milliarden Gewinne auf Kosten der Menschen erzielt wurden, heißt es nun in der Krise, der Staat soll mit dem Geld der Steuerzahler eingreifen und die Banken und große Konzerne retten. Die Rettung sieht so aus, dass wieder einige Wenige dadurch riesige Profite machen und Dividende an die Aktienbesitzer zahlen.



Überall auf der Welt gibt es nun Milliarden für die Banken, für die „Wirtschaft“. Allein die USA ha-

ben nun gerade ein Bankenhilfspaket von ca. 1170. Milliarden Dollar und ein sog. Konjunkturpaket von ca. 650 Milliarden Dollar geschnürt. Insgesamt, so schätzen Bankexperten, belaufen sich die Kosten des US-Bankenrettungspakets sogar schon auf 9.000 Milliarden Dollar. Und im Zuge der kommenden Präsidentschaft von B. Obama ab Jänner 2009 wird schon von einem weiteren Stützungspaket aus Steuergeldern in der Höhe von ca. 600 Milliarden diskutiert! Außerdem ist es wenig bekannt und nicht uninteressant, dass die Federal Reserve Bank, das ist die US-Notenbank, schon seit 1913 privaten Eigentümern gehört. Das heißt, das US-Finanzkapital bestimmt direkt wie viel Dollar gedruckt werden!

Auch in ganz Europa greifen die Regierenden tief in den Steuergeldsack für das Kapital!

Die Länder der Eurozone haben zusammen ca. 1.300. Milliarden Euro bereitgestellt, um ihre Banken zu stützen.

AUCH IN ÖSTERREICH

Österreich hat ebenfalls bis heute ein Bankenhilfspaket von ca. 100 Milliarden Euro geschnürt, davon ca. 85 Milliarden Haftung und 15 Milliarden direkte Subventionen. Die Constantia Privatbank (die Bank der Reichen) und die Kommunalkredit wurden gerade erst durch diese Staatsgelder = Steuergelder, gerettet. Nun soll die Hypo Alpe-Adria mit ca. 1,5 Milliarden Euro gerettet werden. Die Erste Bank hat schon ca. 2,7 Milliarden beantragt. Die Bank-Austria spricht

von ca. 2,2 Milliarden, Raiffeisen von 1,3 Milliarden, die Volksbank von 1 Milliarde Euro Unterstützung durch Steuergelder.

MIST BAUEN UND BEDINGUNGEN STELLEN

Und Bank-Austria Chef E. Hampel lehnt die Pläne ab, die Vergabe der Milliarden daran zu knüpfen, dass die Banken über einen gewissen Zeitraum keine Dividende an ihre Aktionäre zahlen dürfen. Österreich ist hier eine Insel der Seligen, in den meisten EU-Ländern ist das nicht möglich. Auch Veit Sorger, der Chef der Industrie, erklärte offen, dass es bei der Rettung der Banken keine Auflagen gegeben dürfe. Diese Pläne hat die Regierung auch schon fallen gelassen. Das heißt, dass in Österreich direkt Steuergelder für die Dividende der superreichen Aktionäre aufgewendet werden! Das System zeigt seinen wahren Charakter selten so klar wie heute! Die Banken und ein Teil ihrer Aktionäre verspielen Milliarden und sollen und werden Milliarden unserer Steuergelder erhalten, damit sie weiterhin ihren Aktionären ihre Dividenden auszahlen können und auf den internationalen Finanzmärkten weiter wie bisher ohne Regulativ weiter spekulieren können, um die Profite der Superreichen zu vermehren.

DER STAAT IST SCHULD?

Ja, gleichzeitig haben die gleichen Wirtschaftsbosse, die früher immer schrien, „mehr Privat, weniger Staat“, sogar die Frechheit, heute dem Staat vorzuwerfen, er hätte früher eine Regelung treffen sollen, um die Wirtschaftskrise zu verhindern. Nach dem Motto dass die Diebe schreien: „Haltet den Dieb“. Welch ein Hohn. Die kleinen Sparer hingegen bekommen nicht einmal die Inflation abgegolten und wenn sie Kredite brauchen, erhalten sie keine oder nur total überteuert. Laut einer Umfrage ist im Übrigen die absolute Mehrheit der Österreicher der Meinung, dass der Staat kein Steuergeld zur Rettung von Banken einsetzen sollte. („Die Presse“, 8.11.2008)

Sie haben Recht. Trotz aller Propaganda lassen sie sich die Wahrheit nicht aus dem Kopf blasen: Den Reichtum, den es gibt haben ausschließlich die Menschen durch ihrer Hände

und Köpfe Arbeit erwirtschaftet. Das Geld kann nicht arbeiten, wie oft behauptet wird. Dieser Spruch verschleiert, dass die Masse der arbeitenden Menschen um ihren Reichtum, sprich um die Früchte ihrer Arbeit gebracht werden. Was da jetzt verspekuliert wurde und wird, wurde und wird uns vorher im ganz normalen Arbeitsprozess geraubt, indem man uns nicht das dafür bezahlt hat, was unsere Arbeit wirklich Wert ist. Dieser Mehrwert, von uns erwirtschaftet und angeeignet durch die Ausbeutung unserer Arbeitskraft, trägt zum ständigen Wachsen des Kapitals bei. Es fand und findet eine ständige Umverteilung von unten nach oben, sprich ein Klassenkampf von oben statt. Und in der jetzigen Krise nutzt das Kapital die durch sein System entstandene Krise gleichzeitig dazu aus, eine noch größere Umverteilung auf unsere Kosten zu erreichen. Schlucken sollen wir das dadurch, dass uns eingeredet wird, dass so das Schlimmste verhindert werden würde. Doch das gerade Gegenteil ist der Fall.

NOCH MEHR LOHNRAB UND ARBEITSLOSIGKEIT

Überall auf der Welt droht bzw. kommt es schon zu weiterem Anstieg von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, Verelendung, Verlust von Wohnungen, die Menschen landen buchstäblich auf der Straße, usw. Seit Dezember 2007 bis Oktober 2008 haben 1,2 Millionen US-Amerikaner ihren Arbeitsplatz verloren, zusätzlich allein im November 500.000. Die Arbeitslosenrate ist die höchste seit 14 Jahren (6,7%) und wird 2009 auf 9% ansteigen. Bis jetzt haben schon 3 Millionen Amerikaner ihre Häuser verloren, weitere 2 Millionen werden dazu kommen.

Weltweit ist unter anderem die Autoindustrie bedroht, die ebenfalls Milliarden Steuergelder an Unterstützung vom Staat verlangt. So sind z.B. die drei großen US-Autokonzerne General Motors (GM), Chrysler und Ford von Insolvenz bedroht. Das hieße 123.000 Arbeiter der Autoindustrie plus 100.000 weitere Beschäftigte in der Zulieferindustrie würden ihren Job verlieren. Insgesamt würden durch Jobverluste als Folge nur des GM-Kollapses in der US-amerika-

nischen Zulieferindustrie und im Übersee geschätzte ca. 2,5 Millionen Arbeitsplätze verloren gehen! Als mögliche Folge für die Wirtschaft außerhalb des Autosektors würde das, so schätzen Experten, den Verlust von bis zu 15 Millionen Arbeitsplätzen mit sich bringen. In Japan werden heuer ca. 1,9 Millionen Autos weniger verkauft als geplant, so wenig wie zuletzt 1974.

Auch in Europa droht, wie erwähnt, Millionen von Arbeitern der Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen.

Auch in der Autoindustrie kommt es schon zu großen Umsatzeinbußen, Produktionspausen, Produktionsstopp und Massenentlassungen. Erste Schätzungen sprechen allein in der deutschen Autoindustrie direkt von mindestens 100.000 Entlassungen 2009.

Opel Deutschland und Toyota haben schon Einschränkungen angekündigt.

Während die europäische Autoindustrie von der EU ein Hilfspaket für sich verlangt (und wohl erhalten wird), zahlen die Arbeiter wieder drauf. Die deutsche Bundesregierung hat gerade beschlossen, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab 2009 um 0,5 % auf 2,8 % des Bruttolohns zu kürzen, damit die Unternehmer von Lohnnebenkosten entlastet werden.

Als Folge werden die deutschen Arbeitsämter weniger Geld zur Verfügung haben, um die arbeitslosen Autoarbeiter in ihrer Notlage finanziell etwas auszu-

helfen. Die Krise bei Opel lässt nun auch das General Motors Werk in Wien-Aspern gefährdet erscheinen. Bei Opel in Deutschland sind 25.000 Arbeitsplätze gefährdet, insgesamt in Deutschland schon 100.000 in der Autobranche.

In der europäischen Luftfahrt- und Rüstungsindustrie droht ein Verlust von ca. 500.000 Arbeitsplätzen. Bei der deutschen Telekom wurden bis zum Jahr 2008 nahezu 150.000 Stellen vernichtet.

In ganz Europa, so auch bei uns, kam es bis heute zum bis dato größten Rückgang am Produktionssektor, im Dienstleistungsbereich und im Einzelhandelsumsatz.

Fortsetzung auf Seite 7

AUSVERKAUF DER AUA, ZERSTÖRUNG VON POST UND TELEKOM, PRIVATISIERUNG VON ÖBB: ÜBLES SPIEL MIT VERTEILTEN ROLLEN

Während Pröll und Faymann auf „neue“ Regierung machen, wurde und wird ein übles Spiel mit verteilten Rollen gespielt.

Die „bösen“ Bosse, Vorstände und Aufsichtsräte gegen die „gute“ Politik. Doch die einen betreiben mit Hilfe der jeweils anderen die Zerstörung von Post und Telekom und den Ausverkauf der AUA, das heißt den Abbau Tausender Arbeitsplätze, die weitere Vernichtung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Österreichs und die weitere wirtschaftliche Angliederung an Deutschland.

AUA-AUSVERKAUF

Als Vorwand wurden bei der AUA die angeblich „horrenden Verluste“, bei der Post die „unrentablen“ Postämter und bei der Telekom das „Wegbrechen“ des Festnetzes in den Medien hochgespielt. In Wirklichkeit ging es bei der AUA darum, künstlich ein Krisenbild zu inszenieren, sodass die Lufthansa als „Retter“ und die ÖIAG- und AUA-Manager als „Versager“ hingestellt werden konnten. Doch die ÖIAG- und AUA-Manager betrieben dieses Spiel mit Zahlen absichtlich und nicht aus Dilletantismus, wie es in den Medien hieß (siehe auch unsere letzte Ausgabe Nr. 96). Hieß es noch im Frühjahr die AUA sei saniert, ist alleine lebensfähig, wurden im Oktober 125 Millionen Jahresverlust angekündigt und zuletzt durch entsprechende „Bilanzpflege“ der prognostizierte Jahresverlust gar auf 475 Millionen geschraubt. Wie? Durch Sonderabschreibungen auf Flugzeuge (200 Millionen), Abwertungen des Wertpapierbestandes (60 Millionen) und Auflösung von Verlustvorträgen (90 Millionen). Die AUA sei pleite posaunte AUA-Boss Ötsch. Ziel und Ergebnis dieser Machinationen: Die Lufthansa erhält die knapp 42 % AUA-Staatsanteil um bloße 366.000 Euro! Die AUA- und ÖIAG-Manager, die eng mit deutschen Firmen (Sie-

mens, Mannesmann usw.) verbunden waren oder sind, sind für die Lufthansa ihr Geld wert. Und die Steuerzahler dürfen mit Unterstützung der „Neuregierung“ noch 500 Millionen der Lufthansa nachschmeißen.

Die AUA ist nicht Pleite, die „Verluste“ wurden in die Bilanz herbeigebracht. Was den wirklichen Wert der AUA ausmacht, ist ihr Streckennetz. Wäre die AUA tatsächlich pleite gegangen, wären die AUA-Flugstrecken neu und teuer auf den Markt gekommen. So bekommt die Lufthansa nicht nur die AUA, sondern vor allem dieses AUA-Liniennetz praktisch gratis dazu.

Jetzt wird über die Ablöse von ÖIAG-Chef Michaelis laut nachgedacht. Sein Vertrag wurde erst im Juli 2008 für 3 Jahre verlängert. Armer Mann? Mitnichten! Das kommt einer Belohnung gleich. Dafür, dass er die AUA der deutschen Lufthansa um einen Pappenstiel zuschanzte und so mithalf, die Lufthansa durch die Einveileibung der AUA zur größten Fluglinie Europas zu machen, darf er womöglich noch 2 Jahre bei vollen Gehalt spazieren gehen, statt zur Verantwortung gezogen zu werden.

ÖBB

Als nächsten Privatisierungskandidaten dürfte sich die Regierung die ÖBB ausgesucht haben. Während die Neo-Infrastrukturministerin Doris Bures Privatisierungen ausschloss, dachte Bundeskanzler Faymann bereits laut darüber nach, für den ÖBB-Güterverkehr einen „Partner“ zu suchen, sprich zu privatisieren, weil man die Bahn, „wettbewerbsfähig“ machen müsse. Da verspekulieren die ÖBB-Manager 613 Millionen Euro und als „Ausweg“

soll der profitable Güterbereich verscherbelt werden. Der Staat darf dann weiter ein „schlechter Unternehmer“ sein bei dem nicht kostendeckend zu führenden Personenverkehr. Weitere Streckenausdünnungen und Fahrpreiserhöhungen für die arbeitenden Menschen werden so provoziert. Statt die Gewinne des ÖBB-Güterverkehrs zu privatisieren, sollen sie zum Ausbau des Personenverkehrs verwendet werden. Aber Faymann ist ja der Bau- und Lkw-Lobby scheint's verpflichtet.

POST UND TELEKOM

Bis 2015 will die Post AG 9.000 Beschäftigte abbauen und 1.000 der noch 1.300 Filialen schließen. Bei der Telekom Austria sollen bis 2011 bis zu 2.500 Beschäftigte das Unternehmen verlassen. Warum? Telekom (siehe unten) und Post sind kein „Sanierungsfall“! Die Gewinne der Post sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. So zahlte die Post dieses Jahr 1,4 Euro Dividende je Aktie (98 Millionen Euro) und im September nochmals eine Sonder-Dividende in Höhe von nochmals 70 Millionen Euro! Daher führten die Ankündigungen zu heftigen Protesten der Post- und Telekombeschäftigten. Mitte Dezember kam es dann zum „Weihnachtsfrieden“.



AUFGESCHOBEN IST NICHT AUFGEHOBEN

Bei diesen beiden Unternehmen geht es den Geschäftsführungen vor allem darum, die Beamten aus den Unternehmen hinauszumobben. Denn Personal wird benötigt! Während die Post- und Telekombeamten in „Karriere- und Entwicklungszentren“ (KEZ) menschenverachtend „zwischengeparkt“ werden, um sie mürrisch zu machen, „von selbst“ zu gehen, werden gleichzeitig Leiharbeitskräfte, natürlich wesentlich billiger, eingesetzt.

Bei der Telekom hat man das so gedreht, dass man die Kosten für das geplante und gezielte und gemobbte Hinausdrängen der Beamten-Beschäftigten für etwaige Abfertigungen mit der immensen und nicht realen, d.h. rein erfundenen Summe von 630 Millionen Euro in die Bilanz schreibt und so im Handumdrehen zu einem „Verlust“ der Telekom kommt, der dann in der Öffentlichkeit eben als Vorwand dienen soll erst recht Stimmung gegen die Telekom-Beschäftigten zu machen. Weiterer Nebeneffekt für die Telekom-Obersten: Durch diesen provozierten „Verlust“, der an Bilanztricks grenzt und damit gesetzesbedenklich ist, erzielt die Telekom noch ein Steuerkörbergeld von rund 100 Millionen, weil das Ganze auch noch als den Gewinn mindernd dargestellt wird.

Wer's nicht glaubt, der kann sich die Zahlen auf der Homepage von Post (www.post.at) und Telekom (www.telekom.at) anschauen.

Wie sagte Postgewerkschafter-Chef Gerhard Fritz richtig: „Die Post nimmt allen was. Die Pläne laufen auf die - Vernichtung der Post, der ländlichen Regionen und der Arbeitsplätze hinaus.“ (ZIB, 13.11.08; Presse 12.12.08). Wenn die Gewerkschaftsspitze ihre eigene Analyse ernst nimmt, ist Feuer am Dach. Die Proteste dürfen nicht – wie in der Vergangenheit – nur zum Luftablassen dienen, um letztendlich doch dem „Sozialabbau“ via „Sozialplan“ zuzustimmen, sondern müssen weitergeführt werden. Nur der öffentliche Protest hat den jetzigen Aufschub bewirkt.

(wl, ggae, ösk)

AUF DEN HUND GEKOMMEN

Neuer Sozialminister in der Regierung ist der ehemalige ÖGB-Chef Hundstorfer.

Schon als Bawag-„Sanierer“ besonders Leitl ergeben, hat er seit 2006 fast alles getan, was die Wirtschaft verlangte und gleichzeitig als Vorteil für die arbeitenden Menschen verkauft. Beispiele gefällig? Zum Beispiel die Bawag selbst. Die Bundeshaftung wurde nie schlagend. Mit den Immobilienverkäufen hätte die Bawag sehr wohl gehalten werden können. Wurde sie aber nicht. Denn dann hätte man die Bank wirklich wieder zu einer Arbeitnehmerbank machen müssen. Das wollte man gar nicht. Oder: die Arbeitszeit(verlängerungs)regelung, (siehe dazu eigenen Beitrag), die Zustimmung zur letzten „Gesundheitsreform“, die dann wegen der Proteste und der Neuwahl nicht zustande kam. Aber immerhin: eine Wertschöpfungsbesteuerung oder eine Vermögenszuwachssteuer, das verlangte der ÖGB-Chef wenigstens in Worten.

Und jetzt? Gerade einen Tag im neuen Regierungsamt, ist er auch schon umgefallen, ließ in vorausseilendem Gehorsam verlauten, dass es in dieser Legislaturperiode zu keiner Wertschöpfungsbesteuerung kommen solle. Ist das das „neue Regieren“? Dieser Sozialminister ist eine gefährliche Drohung für die Arbeiter und Angestellten. Und er neue ÖGB-Chef, Erich Foglar? Er will mit der Regierung die Vermögenszuwachssteuer in dieser Legislaturperiode „schon diskutieren“. Während die Banken und Versicherungen 15 Milliarden direkt und 85 Milliarden indirekt bekommen, gab und gibt sich der ÖGB bei Lohn- und Gehaltsforderungen sowie bei der Steuerreform handzahn – zu Lasten der ArbeitnehmerInnen. Auch von der jetzigen Steuerreform 2009 profitieren die mittleren bis höheren Einkommen am meisten. Die rund eine Million Menschen, die wegen ihres geringen Einkommens keine Steuer zahlen und schon jetzt nicht damit für Wohnen, Essen und Heizen auskommen, schauen durch die Finger.

Teilzeit

MEHRARBEIT SELTEN BEZAHLT

In Österreich gibt es bereits fast eine Million Teilzeitbeschäftigte, zu 80% Frauen. Mit 2008 wurde ein 25%-Zuschlag für Mehrarbeit eingeführt. Das war sozusagen der von der ÖGG-Spitze verkaufte Kompromiss für die allgemeine neue Arbeitszeitregelung, bei der die Arbeitszeit verlängert wurde und Überstundenzuschläge in Summe in Millionenhöhe wegfallen. Aber nicht nur das. Wie sich jetzt herausstellt, traten die auch von uns vermuteten Befürchtungen ein und wird nicht einmal die versprochene Bezahlung der Mehrarbeit bei Teilzeitarbeit geleistet: „In unserer Branche wird der Mehrarbeitszuschlag so gut wie gar nicht ausbezahlt, die Betriebe nutzen alle möglichen Umgehungsvarianten“, so Susanne Deimel-Heiderer von der Fachgruppe Reinigung in der Gewerkschaft vida. So ändern Unternehmen oft sogar monatlich die Teilzeitvereinbarung, „aus Angst, den Job zu verlieren, wird unterschrieben“. Manche Arbeitgeber versuchen sogar den Mehrarbeitszuschlag gegen eine allgemeine Lohnerhöhung „einzutauschen“, so Deimel. Das ist im Gesetz sogar so möglich. Die Wirtschaftskammer kennt daher keinen Geniererr und bestätigt diese Vorgangsweise ausdrücklich (Kurier, 4.12.08).

Kann man nur sagen: „Danke“ Herr Hundstorfer, seines Zeichen ehemaliger ÖGB-Präsident, jetzt „Sozial“-Minister und Ausverhandler dieser Regelung mit Wirtschaftskammer-„Sozial“-Partner Leitl. Aktuelle Forderung der GPA: Schärfere Kontrolle bei den Arbeitszeitaufzeichnungen. Gut. Das hat aber schon in der Vergangenheit nichts gefruchtet. Also auf zum Salzamt oder zum fröhlichen Krenreiben. Vielleicht kommen euch dann die Tränen und ihr habt wenigstens irgend etwas mit den arbeitenden Menschen gemein: denen ist schon jetzt zum Heulen – „dank“ der Arbeitsplatzsituation und „dank“ ihrer Vertretung.

Hat man bei so einer Regelung wirklich Seitens der Gewerkschaft glauben können, dass die Unternehmer sich die „Schlupflöcher“ entgehen lassen? Wenn ja, dann sind die Verhandler und deren heutige Verteidiger fehl am Platz.

KUNDGEBUNG: **GEGEN ATOMENERGIE UND KRIEG**

Am 5.11.2008 veranstalteten auf Initiative der „GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg“ und von diesen organisiert 27 Organisationen und Einzelpersonen (siehe www.atomgegner.at) eine Kundgebung zum 30. Jahrestag des Atom-Neins der ÖsterreicherInnen.

Unter anderen unterstützten die Künstler Hubsi Kramar, Roland Düringer und Lukas Resetarits oder die Wissenschaftler Prof. Bernd Lötsch, Prof. Peter Weish und Prof. Kromp-Kolb die Kundgebung. Die Musiker und Anti-Atom-Aktivistin Kurt Winterstein und Harald Huscava begleiteten die Kundgebung engagiert mit ihren bissigen und treffenden Liedern.

Es ging bei der Kundgebung nicht nur um einen Blick in die Vergangenheit, sondern vor allem darum, auf die nicht geringer, ja größer gewordenen Gefahren von Atomenergie und Krieg hinzuweisen und aufzuzeigen, wie die politischen Verantwortlichen selbst 30 Jahre nach den NEIN noch immer die Pläne der Atomindustrie weiter verfolgen und auf unsere (Steuerzahler-)Kosten weiterhin Millionen für die Förderung der Atomlobby ausgeben.

Nachfolgend stellvertretend ein Ausschnitt aus dem Beitrag von Hubsi Kramar, Schauspieler und Kabarettist, eine satirischen Geschichte:

„Wir in Österreich haben es ja gut, wir haben ja die Atome vor 30 Jahren abgeschafft. Wir haben gerade von Prof. Lötsch gehört, dass die mathematische Möglichkeit bei 400 AKWs bald vernichtet zu werden, sehr groß ist ... Vor kurzer Zeit haben wir kein Geld gehabt für Soziales. Der Molterer und der Gusenbauer haben sich deswegen fürchterlich gestritten, haben sich gehasst. Aber dann gab es plötzlich 100 Milliarden für die Banker, die haben halt Pech gehabt. Der Molterer und der Gusenbauer haben sich gratuliert, wie toll sie nicht sind. Jetzt haben's 100 Milliarden für die Banker. Des is' ja eh nix, weil den Arbeiter den gibts ja eh nicht, der soll arbeiten ... Demokratie gibt's ja eh nicht bei uns ... die Neutralität? ... Österreich ist atomwaffenfrei. Und wir



zahlen 40 Millionen für Euratom jährlich. Wir sind die Trotteln ... Das beste Geschäft ist der Krieg. Es gibt Arbeitsplätze, die Lebensversicherungen müssen nicht mehr ausbezahlt werden, weil die Alten sterben schneller, die Jungen gleich auch, die Frauen gebären wieder und kriegen einen Mütterorden ... Im Grunde genommen ist alles bestens. Wir schauen mit großer Zuversicht zu, wie die Verantwortungsträger uns fertig machen. Das sind ja nur Marionetten ... In Wirklichkeit wie bei der AUA, sind sie alle mit Siemens verbandelt, die haben's jetzt schön in der ÖIAG ... Unsere Volksvertreter, Volkszertreter, in unserem Auftrag das ganz schnell heruntergewirtschaftet und die Siemens und Lufthansa und die paar Wenigen, die die Kohle haben, kriegen das jetzt ganz billig. In welch schöner Welt wir leben! Im Moment sind wir wieder soweit, wie nach dem Krieg. Nach dem Krieg war kein Geld da. Alle haben fest gearbeitet, alle haben zsamgholfen. In dem Moment wo ein Geld da war, haben sie es schon weggeräumt. Die Leute haben wieder geschaut,

jetzt werden wir wieder ärmer ... Die Zeitungen schreiben, na ihr werds reicher, die Zeitungsherausgeber sind ja auch Aktionäre. Das Problem ist ja, jetzt ist kein Geld da, jetzt ist in sicheren Taschen also machen wir einen Krieg ... Alles, was in der Geschichte an Waffen hergestellt wurde, wurde auch eingesetzt. Blöd wär'n wir, ja. Wozu zahlen wir, wenn sie uns die Atombomben nicht am Schädel hauen? Die vernünftigen Menschen sind für Euratom, sind für Rüstungsindustrie ... weil in der EU haben sie zwei Dinge der Kontrolle entzogen: Euratom und die Rüstungsindustrie. Die europäische Rüstungsagentur. Da kann das Parlament nichts sagen. Das entscheidet ein 'Weisenrat'. Das zivile und militärische Atom sind ein Packerl. Weil man dort am meisten verdient, ist es gut wenn das Geschäft läuft! Österreich ist atomfrei!“

Mehr Redeausschnitte und Bilder unter: www.atomgegner.at
Tondokument der Wiener Kundgebung von Matthias Reichel: http://cba.fro.at/show.php?lang=de&eintrag_id=11102 (ggae)



NEIN ZUR GESUNDHEITSREFORM – UNTERSCHRIFTENLISTE

<http://proSV.akis.at>

Die „Gesundheitsreform“ steht ganz oben auf der Liste der Regierung. Während für die Banken 100 Milliarden da sind, gibt es für die Krankenkassen kein Geld. Der neue Finanzminister will in alter Manier die Kassen, insbesondere die Wiener Kasse, aushungern, so zum „Defizitbetrieb“ machen, um dann nach Selbsthalten und Privatisierungen rufen zu können. In den letzten 10 Jahren wurden die Kassen der Sozialversicherung für's „Nulldefizit“ geplündert. Es gibt auch nicht den beschworenen Kostenanstieg. So machen die Gesundheitsausgaben in den letzten 10 Jahren relativ konstant rund 10% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Wären die Einnahmen der Kassen (+ 33%) genauso wie die Wertschöpfung der Wirtschaft (+ 41%) gestiegen, gäbe es kein Defizit! Deshalb gab es u.a. die berechnete Forderung nach einer Beitragsbemessung nach der Wertschöpfung, die sich die Wirtschaft in Form von Gewinnen aneignet, während die Arbeitenden immer weniger Geld bekommen oder arbeitslos werden. Eine Wertschöpfungsbesteuerung lehnt aber der jetzige neue Sozialminister und Ex-ÖGB-Chef Hundstorfer ab und schont damit weiter die Unternehmer auf Kosten der breite Masse. Weil von der Gesundheitsreform auch die Ärzte betroffen sind sagte deren Vertreter, Walter Dorner, treffend worum es dabei geht: „die Machtübernahme des Kapitals im sozialen Bereich.“ (Standard, 17.07.2008)

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Danke für die Verbreitung der Unterschriftenliste, die weiter aufliegen und unter <http://proSV.akis.at> runtergeladen werden können. Bisherige Unterzeichner, die ihr Interesse an weiteren Infos bekundet haben, erhalten auch diese Ausgabe der Zeitung. **Wer die Zeitung weiter haben will, teilt uns dies bitte mit: oesolkom@gmx.at oder per Spende.**

SCHWEINEFIRMEN

„Esst Fleisch aus Österreich“, so lautet die Botschaft des früheren Umwelt- und Landwirtschaftsministers und jetzigen ÖVP-Chefs, Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll. Jetzt sind auf einmal 180 Tonnen dioxinverreichtes irisches Fleisch in österreichische Schweinefleischprodukte gekommen. Wie wundersam. Oder doch nicht? Jetzt hört man, dass dies möglich sei, weil „österreichisch“ nur das ist, was in Österreich verarbeitet wird, egal woher es importiert wird. Überdies sei eh keine Gefahr mehr gegeben, weil die dioxinhaltigen Fleisch- und Wurstwaren eh schon verzehrt sind, so die offizielle Regierungsversion. Das ist nicht einmal mehr eine Beruhigungsspiel, sondern der blanke Zynismus und zeigt, was diesen Herrschaften unser Wohl und unsere Gesundheit Wert ist – nichts! Außerdem, so der Präsident der Landwirtschaftskammer, bemühe man sich ja schon um eine bessere EU-Kennzeichnung. Da soll dann drauf stehen, ob das Vieh tatsächlich aus Österreich oder doch aus dem Ausland kommt. Wahrscheinlich in so kleiner Schrift wie das schon jetzt bei den „Bio“-Produkten üblich ist, wo man eine Lupe zum entziffern braucht. Schuld am Ganzen sind die irischen Schweinefarmen wie die „Presse“ schreibt. Wirklich nur die, oder gibt es da etliche mehr? Hunde wollt ihr ewig leben? Schweinehunde kommt einem dabei wohl nur zufällig in den Sinn. Schweinefirmen wird schon stimmen.

GRIECHENLAND

NICHT AUS HEITEREM HIMMEL

Demos 2007 – 2008: gegen die Errichtung von Privatunis, gegen eine Pensionsreform, bei der in Athen 100.000 demonstrierten, Waldbrände durch Grundspekulanten, bei denen regelmäßig auch noch Menschen sterben, Korruption wohin man schaut, und zuletzt: der Tod des 15-jährigen Alexandros Grigoropoulos durch eine Polizeikugel – das brachte das Fass zum Überlaufen. 23% der unter 25-jährigen sind arbeitslos. Viele müssen mit wenig auskommen, die „700-Euro-Generation“, wird sie in den Zeitungen genannt. 40% der Griechen haben laut Umfragen kein Vertrauen in den Staat. Die Jugendlichen Griechenlands resignieren aber nicht, überlassen das Feld nicht den Rechten, sondern rebellieren. Kurz und bündig bringt das ein Brief eines Mädchens an die linksliberale Zeitung „Eleftherotypia“ zum Ausdruck: „Wir sind nicht unbekannte Vermummte, wir sind eure Kinder. ... Ihr habt die Hosen voll und wartet auf den Tod. Ihr fantasiert nicht, ihr verliert euch nicht. Ihr kauft und verkauft nur.“ Wie wahr!

DEUTSCHLAND UND ÖSTERREICH

RECHTE SZENE MACHT MOBIL

Das Messerattentat eines Rechten an den Polizeidirektor von Passau in Bayern, macht deutlich, was sich im Untergrund abspielt. Zwischen 1990 und 2008 gab es in Deutschland wegen rechter Gewalttaten bis zu 138 Tote! (Kurier, 16.12.08). Und es wird verharmlost – auch bei uns. Man redet von „Paintballspielen“, „Drei-Krügerl-Bestellungen“, „Lausbubenstreichen“ oder von „Waffennarren“ usw. Zuletzt wurden erst vor kurzem in Linz eindeutig politisch aktive Rechte von einem Gericht von der freigesprochen. Das ermutigt die Rechten noch mehr. So kündigen sie für den 1. Mai in Linz Aufmärsche unter dem Deckmantel „gegen Globalisierung und Kapital“ an. Wehren wir den Anfängen! In unserer nächsten Ausgabe werden wir uns damit näher beschäftigen.

Fortsetzung von Seite 2

Die EU Arbeitslosigkeit wird von derzeit 7,5% auf 8,4 % 2009 und auf 9% oder mehr im Jahr 2010 ansteigen. Auch in Österreich wird ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit von derzeit offiziell 5,8% auf mindestens 8%, ja bis zu 10% im Jahr 2010 prognostiziert.

WIE KAM ES DAZU?

Die Weltwirtschaftskrise ist ein Ausdruck des kapitalistischen Konkurrenzsystems. Durch eine immer stärkere Umverteilung der Einkommen von unten nach oben und der zunehmenden Privatisierung der Rentensysteme kam es zu einer ungeheuren Zunahme von Finanzvermögen, z.B. von 1970 bis 2005 von ca. 12.000 Milliarden Dollar auf ca. 140.000 Milliarden Dollar also um das fast 12-fache. In der gleichen Zeit nahm die Weltproduktion nur von 10,1 Milliarden auf 45 Milliarden zu, also um das 4-fache. Die Lohnquote hingegen ist sowohl in den USA als auch in Europa in den letzten 25 Jahren kontinuierlich zurück gegangen. Gleichzeitig stieg entsprechend die Profitquote.

SCHON VOR 20 JAHREN ...

Renommierte Ökonomen (F. Engdahl, J. Hufschmid, J. Stiglitz) benennen Aspekte wieso es zur heutigen Wirtschaftskrise kam. Schon vor 20 Jahren hat die US-Regierung unter Ronald Reagan auf Druck des internationalen Finanzkapitals ein Gesetz erlassen, dass der Handel mit Finanzpapieren wie Aktien oder Zinsraten ebenso zugelassen wird wie bis dahin der Handel mit physischen Waren, wie Rohstoffen und anderem. Während früher der Käufer beim Handel, sei es mit Rohstoffen, Nahrungsmittel etc., die physische Lieferung der zugrunde liegenden Waren bzw. die Aktien an den Unternehmen verlangen konnte, wurde diese Bestimmung unter Reagan aufgehoben. Damit standen den angewachsenen Finanzvermögen neue gigantische Profitmöglichkeiten offen. Banken, Versicherungen und andere Finanzinvestoren fanden nun neue hochspekulative Anlagefelder, wie Verkauf von Krediten und Schuldscheinen, Kreditzusagen für die Finanzierung von Übernahmen von Unternehmen usw.

CASINO-KAPITALISMUS

Als sich die wirtschaftliche Lage dann aber, nach Jahren, verschlechterte, entpuppte sich das Ganze zunehmend als riesige Spekulationsblase. F. Engdahl beschreibt u. a., dass einerseits die Drahtzieher zum Teil mit all ihren investierten Geldern verschwanden. Dann verringerten sich die Investitionen, weil die versprochenen Gewinne ausblieben. Und das Schneeballsystem flog auf, weil die Finanzbehörden feststellten, dass viele der Vermögen, die eigentlich vorhanden sein sollten, gar nicht existierten. So hat die Entwicklung vor allem des US- Finanzkapitals zur Entwicklung der größten betrügerischen Investmentoperationen der Welt geführt. Alles Ausdruck des Systems, das da heißt: Pro-

Fortsetzung auf Seite 8

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität - unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 - 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätsreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

97/08

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen"
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.,
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Fortsetzung von Seite 7

fitmaximierung um jeden Preis. Das Ganze war, wie Engdahl ausführte, nur mehr eine Wette wie im Spielcasino, mit Kontrakten mit Kreditrisiken, mit fremd finanzierten zweifelhaften Zahlungsverprechungen, bei der die Banken, Pensionsfonds, Hedgefonds zuletzt feststellen mussten, dass einige ganz große Finanzinvestoren noch weitere ungeheuerere Vermögen anhäuffen und sich gleichzeitig viele der Beteiligten gigantisch verspekuliert hatten.

KOLLAPS

Ab Sommer 2007 kam es zu immer mehr Pleiten. Zuletzt, 2008, kam es im Oktober zum Kollaps, es wurden auf den weltweiten Aktienmärkten ungefähr 12.000 Milliarden Dollar vernichtet. Der Kern des Problems waren und sind sog. „faule“, also oft uneinbringbare Kredite im globalen Finanzsystem, das sind laut Engdahl die Kontrakte über Kreditrisiken, sog. Credit Default Swaps (CDS). Sie sind der Indikator für die Einschätzung eines Ausfallsrisikos einer Bank. Sie haben derzeit ein Volumen von geschätzten. 63.000 Milliarden Dollar! D.h. bei den Banken liegt eine Luftblase in dieser unvorstellbaren Größe, das sind nicht mehr einbringbare Schulden!

AUSLÖSER UND URSACHE

Die hoch riskanten Häuser-Hypotheken in den USA waren nur der Auslöser dieser Krise. Letztlich bringt das kapitalistische System solche für 99,9 % der Menschen verheerenden Krisen immer wieder unvermeidlich mit sich. Wenn sich die Masse der Menschen auf Grund von sinkenden Löhnen und Gehältern, wegen steigenden Preisen, Tarifen und Steuern und Arbeitslosigkeit, all das „Klumpert“ = all die Waren nicht mehr leisten kann, dann verschärft sich die Krise, viele Firmen müssen zusperren und es gibt noch mehr Menschen, die sich nichts mehr leisten können.

Wir können nicht zulassen, dass weiter Manager und Bosse, Finanzinvestoren und Fonds über unser „Leben“ bestimmen. Wir brauchen diese Herren nicht, wir brauchen das Finanzkapital nicht, das uns und unsere Welt solange ausbeutet bis wir verschlissen sind, schon im Arbeitsleben in „Friedenszeiten“ und dann erst Recht in den Kriegen, in die sie uns wieder, für neue Profite, hetzen wollen. Schluss mit dieser „Wirtschaft“!
(km, ggae, ösk)



Zufällig aber leider wahr

In der jüngsten Ausgabe der ÖGB-Zeitung „Solidarität“ (913) steht unterhalb des Interviews mit dem neuen ÖGB-Präsidenten Foglar zum „neuen Kurs“ ein anderer Beitrag mit dem Titel: „Wenn die Basis fehlt“. Ein journalistischer Lapsus, dem niemand aufgefallen ist, aber offensichtlich niemanden stört, weil's ja leider stimmt.

K. A. Wien

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

60000

EUR

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
SPENDE
ABO
E-Mail Adresse

004

00079348267+ 000600000>

004

40+